

Kanzlerin Merkel und die Neuordnung des Weltfinanzsystems

Von Hermann Patzak

Merkel will eine zügige Neuordnung des Weltfinanzsystems. So titelt die FAZ vom 05.11.2008¹ einen Bericht von einem Arbeitgeber-Tag in Berlin.

Dieser Bericht sei zum Anlaß genommen, in einigen Wunden zu stochern, die aus der Tiefe des Herrschaftssystems aufbrechen und als dessen offensichtliche Bruchstellen eigentlich nicht genannt und schon gar nicht angerührt werden dürfen. Die Analyse der Berichterstattung erfolgt in der Weise, daß den jeweiligen Aussagen des FAZ-Artikels sofort die notwendige kritische Analyse auf dem Fuße folgt.

Kanzlerin Angela Merkel sagte, sie wolle „auf dem Weltfinanzgipfel am 14. und 15. November in Washington auf schnelle **Verhandlungen über eine neue Weltfinanzordnung dringen**. Sie erwarte, daß der vorbereitende EU-Gipfel am Freitag ein Mandat dafür erteilen werde“.

Hierzu ist zu sagen, daß es heute keine Weltfinanzordnung gibt, sondern eine „Hackordnung“, in der die Imperialmacht USA und das anglo-amerikanische Großkapital die Herrschaftsregeln festgelegt haben, ohne sie zu kodifizieren. Die Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise, die im Jahr 2007 ausgebrochen ist und sich mit zunehmender Wucht ausbreitet, ist das Ergebnis dieser Hackordnung. Das System der unkontrollierten Renditegier hat sich weltweit das Produktivvermögen leistungsfähiger Volkswirtschaften unter die Nägel gerissen (in Deutschland z.B.) und hat sich am Ende selbst zerstört. Weil das System so perfekt funktioniert hat, soll es – ähnlich wie die UNO – auf eine pseudogesetzliche Grundlage gestellt werden. Gleichberechtigte Völker und Nationen sollen unter die Knute einer Internationale des Finanzkapitals gezwungen werden.

Merkel verlangte für die ihr vorschwebende Weltfinanzordnung: „nötig seien mehr Transparenz, die Risikoabsicherung einzelner Produkte und eine stärkere Aufsicht.“

Da kann man nur fragen, woher wohl Frau Merkel diese späte Erkenntnis hat? Jahrzehntlang haben die regierenden Parteien und Personen dem Treiben des Ultrakapitalismus tatenlos zugeschaut und alles für gut geheißen, was da auf nationaler Ebene und in den Mutterländern des Kapitalismus (USA und England) gedreht und getrickst worden ist. Die Politiker wollten sich nicht einmischen, weil sie von den Wirtschaftsproblemen zu wenig verstünden. Was hat sie jetzt so klug gemacht, daß sie sogar eine internationale Rahmenordnung für die Finanzmärkte stricken wollen?

Merkel kündigte weiter an, daß sie sich dafür einsetzen werde, die WTO-Verhandlungen fortzusetzen (WTO steht für Welthandelsorganisation). Der freie Handel sei die Grundlage des Wirtschaftens.

Dazu kann man nur sagen, welch ein Nonsens! Erst muß man wirtschaften, dann kann man Handel treiben. Doch nicht jeder Handel ist volkswirtschaftlich vorteilhaft! Wein aus Australien oder Kalifornien z.B. mögen privatwirtschaftlich rentabel sein. Aber in den Transportkosten sind die volkswirtschaftlichen Kosten der Umweltbelastung nicht enthalten, die müssen von der Allgemeinheit bezahlt werden. Außerdem verschlingt der Transport Energiereserven, die unwiederbringlich verloren sind. Wo privatwirtschaftliche Gewinne anfallen, kann gleichzeitig volkswirtschaftlicher Schaden entstehen. Daß die unsichtbare

¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 05.11.2008 Seite 11.

Hand (Adam Smith, invisible hand) des Gewinnstrebens segensreich für alle sei, ist ein Ammenmärchen.

Frau Merkel sagte weiter, sie wolle Investitionsprogramme des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank für die Schwellenländer unterstützen, damit deren Wachstum nicht einbreche.

Frau Merkel bekennt sich mit diesen Ausführungen zu den Prinzipien des untergegangenen, ausbeuterischen Kolonialismus. Damals waren es die Kolonien, die man zwang, Güter zu erzeugen und an die Kolonialmächte abzuliefern. Oft zwangen ihnen die Kolonialherren sogar Monokulturen auf (Baumwollerzeugung), um die gewünschten Produkte geliefert zu bekommen. Heute sollen die Schwellenländer über Exporte Wirtschaftswachstum generieren und damit den Lebensstandard erhöhen. Doch sie werden damit export- und importabhängig! Und das soll für sie (und für manche Industrieländer, wie auch z.B. Deutschland) von wirtschaftlichem Vorteil sein! Die Nutznießer dieser Ideologie leben dann von den Exportüberschüssen jener Länder, die mehr produzieren als sie verbrauchen, während die Importüberschußländer (USA z.B.) mehr konsumieren können als sie selbst produzieren.

Frau Merkel behauptet, Deutschland habe am Wachstum der Schwellenländer als Exportland ein großes Interesse. Doch sie bringt den Sachverhalt „Exportland“ und „Exportüberschußland“ durcheinander. Deutschland erzeugt seit über einem halben Jahrhundert Exportüberschüsse. D.h. wir erzeugen Güter, die andere konsumieren, und wir erhalten dafür Geld, das die Preise bei uns ansteigen ließ (importierte Inflation). Wenn wir damit weiter fortfahren, bedeutet das eine Perpetuierung der einseitigen Branchenstruktur (Fehlstrukturierung) zum Zwecke der Warenlieferungen an jene Volkswirtschaften, die mehr konsumieren als produzieren. Welche Folgen diese Monokultur der Exportüberschuß-Industrie hat, erleben wir gerade jetzt, wo der Automarkt in den USA sich infolge der Rezession dort halbiert hat.

Schließlich zeigte sich die Kanzlerin „alles in allem zuversichtlich“, daß es Deutschland gelingen werde, die Krise zu meistern.

Nach ihren vorangegangenen Appellen zur Notwendigkeit eines neuen Weltfinanzsystems drängt sich hier die Frage auf, wozu wir ein Weltfinanzsystem brauchen, wenn wir selbst in der Lage sind, die von der Internationale des Kapitals angezettelte Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise selbst zu überwinden?

Was das Konjunkturprogramm der Bundesregierung anbetrifft, so wolle die Kanzlerin mit ihrem „mutigen, zielgerichteten und nachhaltigen Hilfspaket“ Impulse für private und öffentliche Investitionen setzen. Das Programm werde steuerliche Anreize und Vergünstigungen wie Zinsverbilligungen enthalten.

Mit diesen Worten setzt die Kanzlerin den Kontrapunkt des Beweises, daß sie von den Dingen, über die spricht, keine Ahnung hat!

Sie sagt, die Regierung setzte Impulse für öffentliche Investitionen. Doch öffentliche Investitionen könnte der Staat von sich aus tätigen. Dazu braucht er das internationale Kapital nicht zu subventionieren. Es ist das Kapital, das diese Finanz- und Wirtschaftskrise verursacht und ausgelöst hat. Und es ist die Globalisierung, die der Krise eine Wucht verleiht, die nicht einmal die Weltwirtschaftskrise 1928 erzeugen konnte.

Die Bundesregierung wiederholt übrigens die Fehler, die sämtliche Regierungen in der Weimarer Republik auf Anraten der damaligen liberalen Ökonomen begangen haben:

Mit Zinssenkungen (Verringerung der Kapitalkosten) wollte man damals schon die Wirtschaft ankurbeln. Doch wenn die Nachfrage wegbricht – was jetzt geschieht – wird man bei BMW nicht Produktionszahlen erhöhen, bloß weil die Fremdkapitalzinsen um ein halbes oder ein

ganzes Prozent niedriger sind!. Es ist noch nie gelungen, mit einem Strick einen Wagen anzuschieben. Es sind die Primitivst - Kenntnisse grundlegender ökonomischer Grundlagen, die den politisch Verantwortlichen in den BRD-Parteien fehlen.

© www.hpatzak.de 05.11.2008